

verbreitung von Nuklearwaffen und an Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe interessiert sei.

In vier Punkten bestanden wichtige Unterschiede zwischen der Erklärung Gromykos und der Kennedys:

1. In bezug auf die deutsche Frage nahm Gromyko einen unverändert intransigenten Standpunkt ein. Er wiederholte alle Angriffe auf die Bundesrepublik und auf Bundeskanzler Adenauer persönlich und versuchte, besonders durch den Kontrast zwischen dem sonst — für Gromyko — konzilianten Ton seiner Rede und der Schärfe seiner Angriffe gegen die Bundesrepublik den Eindruck zu erwecken, daß Deutschland der „Störenfried“ sei.
2. Im Gegensatz zu der Erklärung des Präsidenten Kennedy ließ Gromyko die Ausdehnung des Teststopps auf Untergrundexplosionen, als er von Detailmaßnahmen zur Abrüstung sprach, völlig unerwähnt.
3. Gromyko erwähnte in seinem Programm einen Nichtangriffspakt zwischen Nato und den Warschau-Pakt-Mächten, eine Frage, die Präsident Kennedy mit Absicht übergang.
4. Gromyko stellte an die Spitze seiner Vorschläge die Anregung, daß der 18er Genfer Abrüstungsausschuß der UN im ersten Halbjahr 1964 auf „Gipfel-Ebene“ zusammentreten solle. Kennedy, der am Tage nach Gromyko sprach, reagierte hierauf nicht; eine offizielle amerikanische Stellungnahme zu diesem Vorschlag ist bisher nicht erfolgt, es ist aber bekannt geworden, daß amerikanische Kreise gegenüber diesem Vorschlag eine sehr kühle Haltung einnehmen — neben anderen wichtigen Gründen auch darum, weil in einem amerikanischen Präsidentenwahl-Jahr eine längere Abwesenheit des Präsidenten durch Teilnahme an einer solchen Konferenz wie auch diese selbst als ein politisches Wagnis angesehen wird.

Der britische Außenminister Lord Home lehnte den Gipfelvorschlag nicht ab, meinte aber, daß entscheidend sei, was vor einer solchen Gipfelkonferenz geschehe und nicht auf ihr selbst. Er betonte dann die Wichtigkeit von Verhandlungen über Abrüstung, die zunächst in Vorbereitung einer solchen Konferenz geführt werden müßten und nur, wenn sie erfolgreich wären, zu einem Gipfeltreffen führen könnten. Im übrigen war die Erklärung des britischen Außenministers vor allem durch die Bewertung der, wie er meinte, neuen sowjetischen Politik gekennzeichnet, die den Krieg ablehne

und, wie Lord Home sagte, eher die Spaltung der kommunistischen Welt in zwei Teile riskiere, als daß sie auf die Ablehnung des Krieges verzichte. Die Ablehnung des Krieges durch Chruschtschow, sagte der britische Außenminister, sei der „Schlüssel“, durch den Chruschtschow den Weg zu friedlichem Zusammenleben erschlossen hätte.

Mit zwei Ausnahmen standen die politischen Erklärungen in der Generaldebatte im Zeichen der allgemeinen Stimmung, die in diesen drei Reden zum Ausdruck kam. Die beiden Ausnahmen waren die Rede des albanischen Außenministers Shtylla und die des kubanischen Botschafters Carlos Lechuga. Beide griffen die USA aufs schärfste an. Wenn auch diese Anklagen im Ton und Inhalt nur die alten Anklagen gegen „Imperialismus“ und „kriegerische Haltung“ der USA wiederholten, so war doch die Tatsache, daß diese beiden kommunistischen Reden im Tenor von den Reden der Sowjetblock-Vertreter abwichen, eine wichtige politische Tatsache in der UNO-Generaldebatte und, zumindest soweit Albanien in Frage kam, das Zeichen der tiefen Spaltung zwischen Moskau und Peking.

Die Fragen, die in der Generaldebatte am häufigsten angesprochen wurden, waren Abrüstung, internationale Entspannung und Entkolonisierung. Besonders die afrikanischen und asiatischen Delegierten hoben das letzte Thema hervor. Unter den Entkolonisierungsthemen kamen die portugiesischen Kolonien am häufigsten vor.

Noch mehr im Vordergrund stand — sowohl der Menschenrechte wie der Entkolonisierung — die Apartheidpolitik in Südafrika. Der alte Streit um Kaschmir wurde in wiederholten Gegenerklärungen von Indien und Pakistan und der neue Streit um Malaysia in solchen Indonesiens, Großbritanniens, der Philippinen und der Delegation von Malaysia hervorgehoben.

(Abgeschlossen am 10. Oktober 1963)

#### Anmerkungen der Redaktion:

- 1 Portugiesische Territorien. — Entschließung des Sicherheitsrats Doc. S/5380 and Corr. 1 vom 31. Juli 1963. Deutsche Übersetzung s. S. 180 dieser Ausgabe.
- 2 Die Politik der Apartheid in Südafrika. — Entschließung des Sicherheitsrats Doc. S/5386 vom 7. August 1963. Deutsche Übersetzung s. S. 180 dieser Ausgabe.
- 3 Vgl. die Beiträge: West-Irian (Westneuguinea) in VN Heft 3/1963 S. 75 und UN übergeben West-Irian an Indonesien in derselben Ausgabe S. 101.
- 4 Vgl. die Beiträge: Sicherheitsrat beschließt Jemen-Mission der UN und Die Beobachtermission der UN in Jemen in VN Heft 4/1963 S. 137.

## Die 36. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates

Bericht aus Genf

Botschafter Alfonso Patino, Kolumbien, der die Sommer-tagung des Wirtschafts- und Sozialrates (vom 2. Juli bis 2. August in Genf) präsierte, betonte in seiner Schlußansprache, daß die weitaus meisten Fragen, mit denen sich der Rat zu befassen hatte, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung betrafen. „Somit hat der Rat der Tatsache Rechnung getragen, daß die Organisation der Vereinten Nationen und zahlreiche Sonderorganisationen auf verschiedene Weise am großen Werk der Entwicklung teilnehmen und darnach streben, ihrer Tätigkeit allmählich eine Orientierung zu geben, die ohne Übertreibung als die authentischste, bezeichnendste und hoffnungsvollste der heutigen Welt gekennzeichnet werden darf. Die Überwindung der Not und jeder Form der Stagnation, worauf diese Orientierung hinzielt und die dank dem technischen Fortschritt keine Utopie mehr ist, stellt die geschichtliche Aufgabe *par excellence* der zeitgenössischen Menschheit dar.“

Botschafter Patino konnte auch hervorheben, daß die Arbeiten in einer Atmosphäre des „Dynamismus und der Verständ-

igung“ abgewickelt werden konnten, wodurch erneut bestätigt wurde, daß auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet konstruktive Lösungen durchaus möglich sind; Lösungen, „wie sie die Völker der Welt auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen in dieser Stunde der Hoffnung herbeiwünschen“.

Dennoch kam es zu einigen lebhaften Auseinandersetzungen, die aber — und das ist bezeichnend — mit den eigentlichen Aufgaben des Rates nichts oder nur sehr wenig zu tun hatten. Da war erstens das Begehren der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA), Südafrika und Portugal von ihren Arbeiten auszuschließen. Der Rat rang sich denn auch mehrheitlich zum Entscheid durch, Portugal die Mitgliedschaft in der ECA gänzlich zu entziehen und Südafrika in seinen diesbezüglichen Rechten zu suspendieren, bis dieses Land seine Apartheid-Politik aufgibt. Die ungleiche Behandlung dieser beiden Staaten rührt daher, daß Portugal nur auf Grund seiner afrikanischen Territorien Anspruch auf Vollmitgliedschaft in der ECA erheben konnte, während sich Südafrika als Teil des

Kontinents in dieser Hinsicht in einer günstigeren Lage befindet.

Die zweite Streitfrage betraf das irakische Vorgehen gegen die Kurden, das plötzlich zur Zielscheibe heftiger sowjetischer Angriffe wurde. Mit Recht erklärte sich jedoch der ECOSOC für die Erörterung dieser eindeutig politischen Angelegenheit als nicht zuständig. Diese Frage wurde fast zur gleichen Zeit von der Mongolei auch im Sicherheitsrat anhängig gemacht, dann aber wieder zurückgezogen.

Im übrigen verliefen die Debatten des Rates so friedlich, daß sie — was sehr zu bedauern ist — von der Öffentlichkeit kaum beachtet wurden. Aber schließlich machen ja nicht die Polemiken die Substanz aus, sondern das Ausmaß ernsthafter Arbeit, die leider allzu oft als „langweilig“ empfunden wird, weil ihr fast nie eine sensationelle Note abzugewinnen ist. Das ist sicher mit ein Grund für die einseitige Beurteilung der Vereinten Nationen, da in der Regel nur Streitigkeiten — selbst wenn sie von sehr untergeordneter Bedeutung sind — von der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden, die Fülle konstruktiver Arbeit jedoch großzügig ignoriert wird.

#### *Die Welthandelskonferenz*

Wer nicht gar zu unbescheiden ist, muß als Erfolg anerkennen, daß der Rat die Einberufung der „Konferenz über Handel und Entwicklung“ und die dafür getroffenen Vorbereitungen einstimmig bestätigen konnte, nachdem sich noch vor einem Jahr erhebliche Gegensätze bemerkbar gemacht hatten. Diese Konferenz, die von vielen als Prüfstein und vielleicht Wendepunkt der Beziehungen zwischen den wohlhabenden und den technisch rückständigen Ländern betrachtet wird, wird vom 23. März bis 15. Juni 1964 in Genf stattfinden. Vorher wird noch der vorbereitende Ausschuß zu seiner dritten Tagung in New York zusammentreten, um die Erörterung der vielschichtigen handelspolitischen Probleme fortsetzen zu können. Denn die Konferenz selbst, als deren energischer Generalsekretär der frühere Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Lateinamerika, Dr. Raúl Prebisch, amtiert, soll sich nicht mit einer allgemeinen und unverbindlichen Debatte begnügen, sondern nach Möglichkeit zu einem Übereinkommen gelangen. Ebenfalls einstimmig ersucht denn auch der ECOSOC die Regierungen, die Vorschläge für eine konkrete und praktische internationale Aktion schon vor Zusammentritt der Konferenz eingehend zu prüfen und alle Möglichkeiten zu erforschen, damit auf der Konferenz „ein grundlegendes Übereinkommen über Maßnahmen“ erzielt werden kann, die „eine neue internationale Handels- und Entwicklungspolitik darstellen“.

Den Skeptikern, die meinen, solche Wünsche seien keineswegs neu, aber deshalb nicht weniger utopisch, ist entgegenzuhalten, daß die Forderung nach einer neuen internationalen Arbeitsteilung — man könnte sie auch handelspolitische Entkolonisierung nennen — zum ersten Mal in der Geschichte von unabhängigen Staaten erhoben wird, die die Mehrheit der Menschheit repräsentieren.

#### *Die Zusammensetzung des ECOSOC*

Mit 15 Stimmen gegen zwei (UdSSR und Tschechoslowakei) ersucht der Rat die Generalversammlung dringend, die Mitgliederzahl des ECOSOC, jetzt 18 Staaten, zu erhöhen, um eine angemessene Vertretung der jungen Staaten, namentlich Afrikas, zu ermöglichen, ohne diejenige anderer Weltgegenden zu kürzen.

Die ablehnende Haltung der Sowjetunion findet ihre Erklärung in der Überlegung, daß die Erweiterung des ECOSOC eine Revision der Charta erfordert, was jedoch so lange ausgeschlossen sei, als die Volksrepublik China nicht ihren Platz im Sicherheitsrat einnehme.

#### *Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Abrüstung*

Mit 17 gegen null Stimmen, bei Enthaltung Großbritanniens, billigte der Rat eine gemeinsam von den Vereinigten Staaten, der UdSSR und der Tschechoslowakei, denen sich später noch Kolumbien anschloß, eingebrachte Entschließung, die der Hoffnung Ausdruck gibt, daß alle Staaten ihre Anstrengungen verstärken, um ein Übereinkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu erzielen, wodurch enorme Hilfsmittel für friedliche Zwecke freigesetzt würden. Der Generalsekretär wird insbesondere eingeladen, eine Untersuchung der Grundstoffprobleme, die sich während und unmittelbar nach der Abrüstungsphase ergeben könnten, in die Hand zu nehmen.

#### *Wirtschaftsplanung*

Was noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre, ist heute eine Selbstverständlichkeit: das sterile Pro und Contra Wirtschaftsplanung ist einer nüchternen, undoktrinären Betrachtungsweise gewichen, die ihren Niederschlag im einstimmigen Beschluß fand, den Generalsekretär einzuladen, die Tätigkeit des Zentrums für wirtschaftliche Vorhersage und Programmierung, das am Hauptsitz geschaffen wurde, fortzusetzen und den Erfahrungsaustausch und den Beratungsdienst auf diesem Gebiet noch zu verstärken. Ferner wurde beschlossen, auf der nächsten Tagung des ECOSOC der Wirtschaftsplanung einen besonderen Punkt der Tagesordnung zu widmen. Es mag auch interessieren, daß das Sekretariat der Wirtschaftskommission für Europa im Rahmen seiner Studie über die Wirtschaftslage in Europa eine Untersuchung über die Planungstechniken in Europa veröffentlicht wird. Die Wirtschaftsplanung der Entwicklungsländer wird in der Studie über die Weltwirtschaft dargestellt werden.

#### *Ausbildungs- und Forschungsinstitut*

Mit 14 gegen eine Stimme und bei zwei Enthaltungen billigte der Rat die Bildung eines Ausbildungs- und Forschungsinstitutes der Vereinten Nationen, das schon nächstes Jahr seine Tätigkeit am Hauptsitz aufnehmen wird. Es wird von einem besonderen Verwaltungsrat geleitet, dessen Mitglieder vom Generalsekretär nach Konsultation mit den Präsidenten der Generalversammlung und des ECOSOC, die selbst von Amtes wegen dem Verwaltungsrat angehören, ernannt werden. Die Tätigkeit des Instituts soll aus privaten und staatlichen Zuwendungen finanziert werden.

#### *Die soziale Lage in der Welt*

Der vom Sekretariat vorgelegte Bericht über die soziale Entwicklung in den zehn Jahren von 1950 bis 1960 stellt fest, daß dieses Jahrzehnt weniger durch bedeutende Fortschritte, als durch wachsende Hoffnungen in den rückständigen Gebieten der Welt gekennzeichnet ist.

Eine Schlußfolgerung, die der Rat aus seiner eingehenden Debatte zog, besteht im Hinweis auf die Dringlichkeit umfassender Agrarreformen, die mit entsprechenden Programmen der dörflichen Entwicklung verbunden werden müssen. Die Mitgliedstaaten werden darauf aufmerksam gemacht, daß internationale Institutionen bereit sind, ihnen bei der Planung und der Durchführung der Agrarreformen behilflich zu sein. Weitere Entschließungen befassen sich mit den Programmen der dörflichen Entwicklung, der Wohnbaupolitik und den sozialen Schutzmaßnahmen.

#### *Die technische Hilfe*

Ausnahmsweise hatte dieses Jahr der ECOSOC-Ausschuß für Technische Hilfe auf Einladung der dänischen Regierung in Kopenhagen getagt. Der Vorsitzende des Amtes für Technische Hilfe, David Owen, gab seiner Befriedigung über die

zunehmenden Beiträge Ausdruck, die dem Erweiterten Programm von den Regierungen zur Verfügung gestellt werden. Waren 1960 noch 30 Mill. Dollar zugesagt worden, so stiegen die Beiträge 1962 auf 42,4 und 1963 auf 50,4 Mill. Dollar. Das Erweiterte Programm für Technische Hilfe hatte seine Tätigkeit vor mehr als zehn Jahren mit einem Jahresbudget von 18,5 Mill. Dollar begonnen. Zusammen mit den Mitteln des Sonderfonds — 73 Mill. Dollar — stehen somit der technischen Hilfe dieses Jahr insgesamt 123 Mill. Dollar zur Verfügung.

Victor Hoo, Kommissar der Vereinten Nationen für die Technische Hilfe (im Rahmen des „ordentlichen Programms“, das aus dem Haushalt der UN finanziert wird, aber seinerseits vom Erweiterten Programm und dem Sonderfonds Zuschüsse erhält), konnte mitteilen, daß die eigenen Aufwendungen der Vereinten Nationen von zehn Millionen im Jahre 1960 auf 19,8 Mill. 1962 gestiegen sind und dieses Jahr voraussichtlich 27 Mill. erreichen. Die Gesamtzahl von Experten, die von den Vereinten Nationen im Rahmen des ordentlichen und des Erweiterten Programmes eingesetzt werden konnten, stieg von 924 (1960) auf 1032 (1961) und auf 1252 (1962). In den beiden Jahren 1961/62 konnten 2950 Fortbildungsstipendien gewährt werden.

Der ECOSOC hat mit Zustimmung von diesen Tätigkeitsberichten Kenntnis genommen. Mit 12 Stimmen bei fünf Enthaltungen empfiehlt er sodann der Generalversammlung, das sogenannte OPEX-Programm (Bereitstellung von Fachleuten, die in ein Dienstverhältnis zu den darum nachsuchenden Regierungen treten) vorläufig bis 1966 fortzusetzen und aus Mitteln des Erweiterten Programms zu finanzieren.

Bundesaußenminister Dr. Schröder stattete während seines New Yorker Aufenthalts Generalsekretär U Thant am 26. September 1963 einen Besuch ab (vgl. S. 178).



#### *Wissenschaft und Technik*

Wie man sich erinnern wird, stand es der großen Konferenz über die Anwendung von Wissenschaft und Technik zugunsten der Entwicklungsgebiete, die im Februar dieses Jahres in Genf stattgefunden hatte, nicht zu, Empfehlungen oder gar Beschlüsse hinsichtlich der Schlußfolgerungen zu fassen, die aus ihren Debatten zu ziehen wären. Dennoch machten sich deutlich zwei Strömungen bemerkbar: die eine drängte auf die Schaffung einer neuen Sonderorganisation für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; die andere Strömung befürwortete dagegen eine bessere Ausnützung der bereits bestehenden Organisationen, wobei zugegeben wurde, daß beispielsweise die industrielle Technik noch von keiner der bereits bestehenden Organisationen bearbeitet wird.

Der ECOSOC hat sich nun auf Antrag des Generalsekretärs im großen und ganzen dieser letzteren Auffassung angeschlossen, aber gleichzeitig die Einsetzung eines Beratungsausschusses, dem 15 Persönlichkeiten angehören werden, gutgeheißen. Seine Aufgabe besteht darin, die Tätigkeit der Vereinten Nationen und der Sonderorganisation auf wissenschaftlich-technischem Gebiet zu koordinieren und dem Rat entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten. Die Frage, ob später doch noch eine neue Sonderorganisation geschaffen werden soll, wird nun vor allem davon abhängen, ob es den bestehenden Institutionen, namentlich der UNESCO, gelingt, die vorhandenen Lücken auszufüllen.

#### *Menschenrechte*

Zur Reife gelangt ist nun ein Entwurf einer Erklärung über die Ausmerzung aller Formen der Rassendiskriminierung, welcher der Generalversammlung einstimmig zur Annahme empfohlen wird. Ebenfalls einstimmig lenkt der Rat die Aufmerksamkeit der Generalversammlung auf eine Entschließung betreffend die Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz.

#### *Die Stellung der Frau*

Mit 16 gegen null Stimmen und einer Enthaltung billigte der Rat eine Empfehlung über die Einwilligung zur Ehe, das Heiratsalter und die Eintragung der Eheschließung. Im übrigen ist auch auf dem Gebiete der Frauenrechte die Tendenz bemerkbar, sich nicht mehr allein mit der Formulierung von Grundsätzen zu begnügen, sondern vermehrt durch Beratung, Hilfe und Erfahrungsaustausch praktisch zur Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung der Frau beizutragen.

#### *Flüchtlingshilfe*

Ohne hier auf die Tätigkeit des Hochkommissars für die Flüchtlinge näher einzugehen, der dem Rat einen ausführlichen Bericht unterbreitete, ist hervorzuheben, daß die „klassischen“ Flüchtlingsprobleme — gemeint sind die europäischen Opfer des Zweiten Weltkrieges — nun demnächst ihre endgültige Lösung finden dürften. Auf der anderen Seite wurde aber die Aufmerksamkeit des Hochkommissars insbesondere von Afrika verstärkt in Anspruch genommen. Auch hier wird nun konsequent das Ziel verfolgt, entweder die baldige freiwillige Rückführung der Flüchtlinge in ihre frühere Heimat zu ermöglichen oder sie in einem anderen Gebiet anzusiedeln. Es soll vermieden werden, daß — wie allzu lange in Europa und heute noch im Falle der Palästinaflüchtlinge — das Flüchtlingsleben zur problematischen und demoralisierenden Dauerexistenz wird.

\*

Dieser Überblick über die wichtigsten Beschlüsse der 38. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates läßt erkennen, daß der Raum für sachliche und deshalb wenig sensationelle Zusammenarbeit größer ist, als gemeinhin angenommen wird.